

Niederschrift

(öffentlich/nichtöffentlich)

über die 18. Sitzung des Stadtrates der Stadt Coswig (Anhalt)

Sitzungstermin:	Dienstag, 27.02.2007
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:05 Uhr
Ort, Raum:	im Ratssaal, Am Markt 1,

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates der Stadt Coswig (Anhalt) und die Bürgermeisterin wurden ordnungsgemäß eingeladen.

Vorsitzender war: **Stadtrat Stricker**
Stellvertretender Vorsitzender war: **Stadtrat Blänkner**
Schriftführerin war: Frau Noeßke

Anwesend waren:

Bürgermeisterin Doris Berlin

Fraktion der CDU/FDP

Stadtrat Norbert Knichal
Stadtrat Rudolf Köhler
Stadtrat Rudolf Quack
Stadtrat Burkhard Schröter
Stadtrat Henry Stricker
Stadtrat Wolfgang Tylsch
Stadtrat Henry Niestroj

Fraktion der SPD

Stadtrat Wolfgang Blänkner
Stadtrat Manfred Ertelt
Stadtrat Heiko Fritzsche

Fraktion der FWG

Stadtrat Danny Kregel
Stadtrat Wolfgang Lewerenz

Linkspartei PDS

Stadtrat Dieter Gommert
Stadtrat Klaus Krause
Stadtrat Siegfried Nocke
Stadtrat Rolf Schulze

Fraktion des Bürgerblocks

Stadträtin Petra Gorn
Stadtrat Günther Stoß
Stadtrat Michael Wojna

Es fehlte entschuldigt:

Fraktion der CDU/FDP
Stadtrat Lothar Pohl

Außerdem waren anwesend: 1 Gast, 4 Mitarbeiter der Verwaltung
2 Sachverständige (Büro für Stadtplanung, Dessau)

Beschlussfähigkeit war gegeben: war nicht gegeben:

Protokoll:**Öffentlicher Teil**

1. **Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit. Bestätigung der Tagesordnung**
Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und teilte mit, dass die Sitzung für das Protokoll auf Tonträger aufgezeichnet wird und weitere Tonbandaufnahmen nicht zugelassen sind.
 Er machte die Gäste auf die ausliegenden Beschlussvorlagen des öffentlichen Teiles aufmerksam. Anschließend stellte er die fristgemäße Einladung der Stadträte fest und verwies auf die Veröffentlichung im Amtsblatt und im Schaukasten am Rathaus.
 Er teilte mit, dass die Tagesordnung in Übereinstimmung mit der Bürgermeisterin aufgestellt wurde. Danach stellte er die Beschlussfähigkeit fest (neben der Bürgermeisterin sind 19 Stadträte anwesend).
 Vor Bestätigung der Tagesordnung bat der Vorsitzende den Wahlleiter, Herrn Schneider, um die Verkündung des endgültigen Wahlergebnisses der Bürgermeisterwahl vom 25.02.2007.
 Herr Schneider gab das endgültige Wahlergebnis detailliert bekannt, welches auch der Internetseite der Stadt Coswig (Anhalt) (www.coswiganhalt.de) zu entnehmen ist. Er stellte fest, dass die Bewerberin, Frau Doris Berlin, im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit erreicht hat und zur Bürgermeisterin der Stadt Coswig (Anhalt) wieder gewählt wurde. Eine Stichwahl ist somit nicht erforderlich.
 Der Vorsitzende merkte an, dass die Amtszeit von Frau Berlin erst am 31.5.2007 endet, nahm die Gelegenheit aber zum Anlass, ihr für das sehr gute Wahlergebnis zu gratulieren und überreichte ein Blumenpräsen.
 Die Fraktionen des Stadtrates schlossen sich ebenfalls mit einem Blumenstrauß der Gratulation an.
 Der Vorsitzende teilte mit, dass entsprechend Wahlergebnis eine Stichwahl nicht erforderlich ist und somit der Top 6 von der Tagesordnung zu streichen ist.

Danach wurde die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	20	0	20	0	0

2. **Hinweis auf den § 31 GO LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung**
Der Vorsitzende gab folgenden Hinweis: Sollte ein Mitglied des Stadtrates oder die Bürgermeisterin vom Mitwirkungsverbot betroffen sein, ist dies vor Beginn der Diskussion zu dem entsprechenden TOP unaufgefordert mitzuteilen und die betreffende Person hat im öffentlichen Teil der Sitzung im Zuschauerraum Platz zu nehmen und im nichtöffentlichen Teil den Sitzungssaal zu verlassen.
3. **Bestätigung der Niederschrift der 16. Sitzung des Stadtrates vom 30.11.2006**
 Ohne Änderungen wurde die Niederschrift vom Stadtrat bestätigt.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	20	0	19	0	1

4. **Bestätigung der Niederschrift der 17. Sitzung des Stadtrates vom 30.01.2007**

Ohne Wortmeldungen und Änderungen beschloss der Stadtrat diese Niederschrift.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	20	0	17	0	3

5. **Einwohnerfragestunde (Zeitlimit 30 min.)**

Von den anwesenden Einwohner gab es keine Anfragen.

6. **1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Coswig (Anhalt)**

Vorlage: COS-BV-056/2004/1

Stadtrat Gommert stellte im Namen der Fraktion DIE LINKE PDS den Antrag, den Kultur- und Sozialausschuss mit dem Wort „Sport“ zu erweitern. Somit sollte der Ausschuss Kultur-, Sport- und Sozialausschuss heißen.

Er begründete dies wie folgt:

Das sportliche Leben in der Stadt wird durch viele Vereine geprägt. Allein im SV Blau-Rot Coswig e.V. treiben ca. 500 Einwohner regelmäßig Sport, darunter viele Kinder und Jugendliche. Der Stadtrat würde durch Ergänzung des bestehenden Ausschusses mit dem Wort „Sport“ eine größere Anerkennung und Würdigung der Aktivitäten der Sportler und Übungsleiter seitens der Kommune dokumentieren.

Dem Antrag wurde wie folgt stattgegeben:

dafür = 20, dagegen = 0; Enthaltung = 0.

Ohne weitere Wortmeldungen wurde die geänderte Hauptsatzung wie folgt bestätigt:

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	20	0	20	0	0

7. **Bebauungsplan Nr. 19 "Buroer Feld", Coswig (Anhalt)**

Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Vorlage: COS-BV-299/2006

Der Vorsitzende gab das Abstimmungsergebnis des zuvor tagenden Bauausschusses bekannt und bat Herrn Boos, die redaktionellen Änderungen vorzustellen und die textlichen Änderungen im Anschluss an diese Sitzung allen Stadträten in Schriftform mitzuteilen. Hierbei handelt es sich um Ergänzungen, die allen Stadträten vorab zugegangen sind, damit sie Bestandteil des Beschlusses

werden.

Herr Boos führte aus, dass im Punkt 1 des Beschlussvorschlages folgende textliche Ergänzung einzuarbeiten ist: „...*Die Inhalte der ergänzend ausgereichten Änderungen/Ergänzungen zur Bebauungsplanung vom 23.02.2007 sowie die Änderung des Geltungsbereiches gemäß Beschlussanlage werden Gegenstand.*“

Im Punkt 2 ist einzufügen: „...und der Umweltbericht *mit Stellungnahme aus der Beteiligung der Umweltbehörden gemäß § 4 Abs., 1 BauGB werden unter Einbeziehung der gebilligten Inhalte zu 1., gemäß...*“

Stadtrat Lewerenz beantragte im Namen der FWG die Aufnahme folgender Änderungen/Ergänzungen in die Planfassung für die öffentliche Auslegung:

1. Änderung: Die externe Ausgleichsfläche a) ist als durchgehende Baum/Strauchhecke mit geringfügiger Kieferndurchsetzung flächig anzulegen. Weiterhin soll die externe Ausgleichsfläche a) um das Flurstück 492 der Flur 19 (Eigentum AZV) mit gleichem Pflanzgebot (siehe vorab) festgesetzt werden. Es ist eine entsprechende Verrechnung mit der externen Ausgleichsfläche b) vorzunehmen.
2. Ergänzung: Festsetzung Nr. 18
Diese wird ergänzt um den Zusatz: Die unbepflanzten Bestandslücken, die für die natürliche Sukzession vorgehalten werden, sollen nicht zum Weg zwischen Buro und Coswig ausgerichtet werden.

Er begründete dies wie folgt:

Die zusätzliche Eingrünung der gesamten östlichen Grenze des Gewerbegebietes berücksichtig im Sinne des Minimierungs- und Ausgleichsgebotes stärker die Belange

- Abschirmung der Wohngebiete (Schutzgüter: Klima, Immissionen, Mensch)
- Naturschutz (in Bezug auf die unmittelbare Lage der Ausgleichsmaßnahmen zum Eingriffsort)
- Denkmalpflege (Landschaftsbild)

Die Flächenverfügbarkeit ist gegeben. Der unter Umständen zusätzlich erforderliche Aufwand für die archäologische Prospektion ist in Anbetracht der stärker berücksichtigten vorgenannten Belange verhältnismäßig und angemessen.

Stadtrat Lewerenz empfahl eine Auszeit, damit sich die Stadträte mit dem Antrag, welchen er allen schriftliche aushändigte, vertraut machen können.

Der Vorsitzende empfand es für sinnvoll, diesen Antrag von Seiten der FWG-Fraktion vorzustellen und zu begründen. Dann würden die Stadträte etwas Zeit zum Lesen dieses Antrags erhalten und im Anschluss sollte Herr Boos dazu rechtlich Stellung nehmen. Danach kann eine Auszeit von 5 Minuten genommen werden, um das Für und Wider in den Fraktionen zu diskutieren.

Dieser Empfehlung konnte der Stadtrat sowie die Fraktion der FWG mitgehen. Stadtrat Lewerenz erläuterte an Hand eines Planes die von der FWG-Fraktion eingebrachten Änderungen/Ergänzungen.

Herr Boos erläuterte zum 1. Antrag, dass die FWG eine Änderung der Fläche im Flurstück 561 vorschlägt, die sich im Eigentum des AZV befindet und zurzeit als Streuobstwiese vorgesehen ist. Die FWG schlägt hier eine Baum/Strauchhecke vor. Diese soll nach Norden hin mit dem gleichen Pflanzangebot ergänzt werden. Zum Antragsinhalt gehört, dass die anteilige Fläche b) eine Reduzierung von ca. 3.000 bis 3.500 m² zur Folge hätte. Ferner müsste die Fläche, wenn sie mit einer Gehölzpflanzung versehen werden soll, komplett archäologisch prospektiert werden. Dies würde auch den Bereich, der sich bis nördlich zur B 187 anschließt, beinhalten, welcher sich ebenfalls im archäologischen Flächendenkmalbereich befindet. Dieser Mehraufwand ist schlecht abschätzbar und würde eine Erweiterung um 5.000 – 8.000 m² bedeuten, in Kosten etwas 15 – 20 T€. Zum 2. Antrag erläuterte Herr Boos, dass es sich hierbei um die Fläche unterhalb des Bebauungsplangebietes handelt. Hier beinhaltet die Festsetzung, dass 40 % der Fläche unbepflanzt als Bestandslücken zur natürlichen Sukzession

vorgehalten werden. Die vorgeschlagene Ergänzung hätte keinen finanziellen Aufwand zur Folge, da dort sowieso gegraben werden muss, um den Belangen der Denkmalpflege Rechnung zu tragen.

Stadtrat Krause wollte aus dem nachgereichten Umweltbericht wissen, um welche Kompensationsflächen es sich handelt, die sich außerhalb des Geltungsgebietes befinden.

Herr Boos erklärte, dass es sich hierbei um externe Flächen handelt (Ausgleichsfläche A und B). Diese Flächen wurden im Hinblick auf die Verfügbarkeit (Eigentum Stadt und AZV) und somit auch aus finanziellen Gründen (keine Erwerbskosten) ausgewählt. Ein zusätzlicher Flächenerwerb wäre im Hinblick auf die Zeitfolge nicht umsetzbar.

Stadtrat Ertelt fragte zur archäologischen Prospektierung nach. Er schlug vor, erst bei der Pflanzung sichtbar werdende archäologische Funde zu begutachten und nicht gleich die gesamte Fläche archäologisch aufzuarbeiten.

Herr Boos antwortete, dass die Bepflanzung zu einem späteren Zeitpunkt realisiert wird, die archäologische Prospektion jetzt aber unmittelbar ab April schon zu realisieren ist. Es ist nicht praktikabel umsetzbar, dass bei einer Bepflanzung jede einzelne Pflanzgrube vorab geprüft wird.

Auszeit von 5 Minuten

Danach bat der Vorsitzende Herrn Boos um das Aufzeigen von Möglichkeiten, um Kosten zu vermeiden.

Herr Boos sagte, dass es naturschutzfachlich und entsprechend der Begründung sinnvoll ist, die Eingrünung in dieser Stärke durchzuführen. Er erwähnte, dass im letzten Jahr die Bürgerbeteiligung durchgeführt wurde und Abschirmungsaspekte dabei vorgetragen wurden. Auch im Zuge dieser Bürgerbeteiligung erwartet er Anregungen und Bedenken.

Bei der Gehölzanpflanzung steht die Maßgabe, dass die Fläche archäologisch zu prospektieren ist. Es wäre die Möglichkeit gegeben, dass über die Pflanzwahl noch einmal mit der Denkmalbehörde gesprochen wird.

Der Vorsitzende wollte wissen, ob nach der öffentlichen Beteiligung noch Dinge eingearbeitet werden könnten.

Herr Boos antwortete, dass Flächen und andere Maßgaben im Grunde nach festgesetzt sind. Die Verschulung der Bäume ist bereits mit enthalten. Würden kleinere Pflanzen zum Einsatz kommen, minimiert dies die Punktzahl die zu erreichen ist.

Stadtrat Ertelt stellte fest, dass mit einer erweiterten Fläche die kleinere Wuchshöhe der Bäume kompensiert werden könnte. Den Archäologen ist ein nicht angefasstes Flächendenkmal lieber als ein angefasstes. Diesen Ansatz in der Diskussion könnte man bei der Denkmalschutzbehörde anbringen.

Frau Beyer wies darauf hin, dass man sich auch mit der unteren Naturschutzbehörde und nicht nur mit der Archäologie hierzu abstimmen muss.

Die Bürgermeisterin schlug vor, sich darauf zu einigen, dass die obere Fläche wie vorgeschlagen bepflanzt wird, im unteren Bereich aber in Zusammenarbeit mit der Archäologie und dem Umweltamt die Chance genutzt wird, dass mit kleineren Pflanzen, die in Jahren aber das gleiche Wuchsergebnis erzielen, keine Grabungen durchgeführt werden müssen.

Der Vorsitzende äußerte seine Bedenken zum Antrag der FWG, da nicht bekannt ist, was die zuständigen Behörden hierzu für eine Meinung vertreten. Er sieht keinerlei Möglichkeit dem Antrag der FWG zuzustimmen, soweit dieser Kosten beinhaltet.

Stadtrat Nocke sagte, dass die Bepflanzung am Weg entsprechend Festsetzung Nr. 18 kein Problem sein dürfte. Die Änderung des Beschlusses entsprechend Antrag der FWG ist aus Sicht der Linkspartei.PDS nicht realisierbar. Im Beschlussvorschlag steht, „mit dem gleichen Pflanzgebot“, das würde heißen, dass beide Flächen dieser externen Fläche mit dem gleichen Pflanzgebot bepflanzt

werden müsste, also mit den großen Bäumen. Das geht nicht ohne archäologische Grabungen. Kleinere Pflanzen, das könnten dann nur Sträucher sein, würden dann aber nicht den erhofften Schutz für das Wohngebiet bringen. Solange die Archäologie nicht rausgehalten werden kann, ist nicht bekannt, was für Kosten damit auf die Stadt zukommen würden. Das ist der Fraktion Linkspartei.PDS zu riskant und sie kann diesem Vorschlag nicht zustimmen.

Stadtrat Tylsch für die Fraktion CDU/FDP schloss sich dieser Meinung an. Solange die Kosten nicht richtig abschätzbar und greifbar sind, kann diesem Antrag keine Zustimmung gegeben werden. Der Antrag kommt seiner Meinung nach zu spät, es war lange genug Zeit, um sich vorab damit auseinander zu setzen.

Stadtrat Lewerenz warf ein, dass er den Kompromiss eingehen würde, wenn mit der gleichen Gehölzgröße (Kleinpflanzen) im oberen und unteren Bereich gearbeitet wird.

Stadtrat Nocke wiederholte, dass die Kleinpflanzen nicht den gewünschten Effekt bringen.

Stadtrat Kregel bestätigte, dass mit diesem Antrag über Dinge abgestimmt wird, worüber keine konkreten Ergebnisse vorliegen. Er sieht aber hier eine Chance, mehr für den Schutz der Wohngebiete zu tun, als bisher geplant war.

Stadtrat Tylsch machte darauf aufmerksam, dass es bei dieser Vorlage um viel geht und man keine Experimente eingehen sollte.

Danach brachte der Vorsitzende den Antrag der FWG zur Abstimmung mit folgendem Ergebnis:

dafür = 2, dagegen = 17, Enthaltung = 1.

Damit wurde der Antrag der Fraktion der FWG abgelehnt.

Stadtrat Lewerenz fragte an, ob er die Möglichkeit hat, noch einen Antrag für den südlichen Teil des B-Planes zu stellen.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Fraktion der FWG dann ihren Antrag hätte splitten sollen. Er merkte an, dass es zu diesem B-Plan vorab noch eine Abwägung gibt und eine Bürgerbeteiligung durchgeführt wird. Bis dahin kann der Vorschlag konkretisiert werden und auch die Stellungnahmen der zuständigen Behörden sind dann bekannt.

Stadtrat Ertelt empfahl, dass die Verwaltung die angesprochenen Sachverhalte prüft.

Der Vorsitzende bat die Verwaltung um Information über die dann vorliegenden Ergebnisse.

Danach wurde die Beschlussvorlage wie folgt bestätigt.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	20	0	18	0	2

8. **Anträge, Anfragen, Mitteilungen**

Die Bürgermeisterin wies darauf hin, dass allen Stadträten eine Information zur Einführung und Testphase des Ratsinformationssystems auf der Internetseite der Stadt Coswig (Anhalt) vom EDV-Bereich übergeben wurde.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, dass allen Stadträten, außer den Mitgliedern des Hauptausschusses, der Haushaltsplanentwurf 2007, welcher am 22.03.2007 im Stadtrat zur Beschlussfassung kommen soll, auf den Platz gelegt wurde.

Nachdem es keine weiteren Anträge, Anfragen und Mitteilungen gab, beendete

der Vorsitzende den öffentlichen Teil dieser Sitzung.

Nichtöffentlicher Teil

1. Bestätigung der Niederschrift der 16. Sitzung des Stadtrates vom 30.11.2006

Ohne Änderungen wurde die Niederschrift bestätigt.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
21	20	0	19	0	1

2. Anträge, Anfragen, Mitteilungen

Da es keine Anträge, Anfragen oder Mitteilungen gab, beendete der Vorsitzende den nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung, stellte die Öffentlichkeit wieder her und schloss diese Stadtratssitzung.

Coswig (Anhalt), den 06.03.2007

Stricker
Vorsitzender des Stadtrates

Engel
Protokollantin